

„Rentnerparadies Österreich“: wieder mal besser als Deutschland?

Die Linke, chronisch erfolgsentwöhnt, hat eine neue Erfolgsstory: das „Rentnerparadies Österreich“. Da ist was dran: kein bloßer Mythos, aber eben nur halb wahr. Was sagen der deutsche „Stammtisch“, „Wirtschaftsweise“ und sozialwissenschaftliche Forschung – und was Kanzlerkandidat Kurz dazu?

Bernd Marin

Der konservative Kanzlerkandidat Sebastian Kurz positioniert sich politisch gnadenlos *a tutto campo* - von rechtsaußen zu neuerdings auch linksaußen. Was hat der Anti-Merkel rechts bei Seehofer und Grenzgänger zwischen Vaclav Klaus und Viktor Orban, mit SPÖ-Sozialminister Stöger, Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht, Die Linke, und DGB-nahen Instituten gemeinsam - im Kontrast zu CDU/CSU und SPD?

Er erklärt, im Gegensatz zu seinem Integrationsberater Heinz Fassmann und allen Fachleuten, doppelt fragwürdig: „die Pensionen sind sicher...wenn wir das System vor zu viel Zuwanderung schützen.“ Und er will zwar die Sozialversicherung „aufbrechen“, hält aber jetzt erst mal „christlich-sozial“ am Pensionssystem so fest, wie es ist und sein Noch-Partner SPÖ – und die überwiegende Mehrheit der Österreicher - will.

Das heißt: Lebensstandard- statt Grund-sicherung; Umverteilung statt Beitrags-äquivalenz und gleicher Wertsicherung für alle; 40 Jahre EuGH-widriges vorzei-tiges Pensionsalter für Frauen bis 2033; bis ein Drittel impliziter Beitragssatz oder Bundeszuschüsse zur Deckung der Beitragslücke; höchste Pensionsausgaben nach der Ukraine; kein Nachhaltigkeitsfaktor; kein Automatismus; kein höheres Pensionsalter wie „Rente mit

67“ oder 70 - selbst bei 80-109 Tagen
Lebenserwartungszuwächsen jährlich.

Bei der Alterssicherung sind Kurz-VP
und SPÖ näher der Linkspartei als ihren
Schwestern SPD und Union. Österreich
als Vorbild für Rentenreform in Deutsch-
land? Viel kürzer arbeiten für sehr viel
mehr Pension? Davon träumen auch
immer mehr Deutsche. In einer fakten-
basierten Bestandsaufnahme „Der Ren-
ten-Report“ des ARD wurden vier soge-
nannte "Stammtisch"-Thesen, „die durch
die Öffentlichkeit geistern“ kritisch be-
leuchtet und hinterfragt: „1. Der Hälfte
aller künftigen Rentner droht Altersar-
mut. 2. Die private Vorsorge ist geschei-
tert. 3. Die Jungen zahlen die Zeche. 4.
Andere Länder machen's besser, z.B.
Österreich.“

Deutsche Massenarmut im Alter - oder mehr höhere Grundsicherung?

Weit verbreitete Altersarmut in Deutsch-
land wurde 1957 mit Adenauer's
Diktum „von 64 DM kann kein Mensch
leben“ gegen Ludwig Erhard durchge-
setzter „dynamischer Rente“ und bis zu
70 Prozent Rentenerhöhung fast über
Nacht schlagartig abgeschafft - und
bescherte der CDU/CSU die einzige
absolute Mehrheit nach dem Krieg.

Jetzt wächst Altersarmut seit vielen
Jahren wieder deutlich. Aber sie ist mit
9,4 Prozent immer noch geringer als in
Österreich mit 11,4 Prozent. In beiden
Ländern ist sie höher als im EU-Mittel.
Selbst Krisenländer wie Irland, Spanien,
Portugal oder gar Griechenland haben
weniger Altersarmut – von 6,7 bis 8,1
Prozent.

Die von der Bertelsmann Stiftung beauf-
tragten Wirtschaftsforschungsinstitute
DIW Berlin and ZEW Mannheim
erwarten eine weitere, aber keineswegs
drastische oder gar pandemische Ver-
schlechterung, wie sie Wohlfahrtsver-

bände befürchten: statt derzeit jede(r) Sechste (16 Prozent) würde 2036 jede(r) Fünfte (20 Prozent) armutsgefährdet sein. Doch im Osten Deutschlands liegt dieser Wert bei katastrophalen 36 Prozent. Besonders betroffen, wie schon heute, Personen ohne Berufsausbildung (14 Prozent), Langzeitarbeitslose (22 Prozent) und sehr viel mehr (vor allem alleinstehende) Frauen (28 Prozent) als Männer.

Von den 18 Millionen Senior/Innen beziehen heute 521.000 (statt 250.000 im Jahre 2000) eine streng bedürftigkeitsgeprüfte (und daher aus Demütigung, Scham und Widerwillen stark unterbeanspruchte!) Grundsicherung von 409 Euro plus „Mehrbedarfe“. Zuvor müssen auch noch das Auto verkauft und Ersparnisse bis auf 2.600 Euro aufgebraucht werden, strenger als bei Hartz IV!

Das ist sehr bitter in einem so reichen Land, selbst wenn nur 3,1 Prozent der Älteren betroffen sind. Zwar ist das bloß ein Viertel der 11,9 Prozent Armen in der Gesamtbevölkerung unter 65 Jahren, den 64,5 Millionen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen. Doch Armut im Alter ist absolut aussichtslos lebenslänglich.

Ohne (freilich derzeit nicht absehbare) Reformen zu mehr Armutsfestigkeit würde die um versteckte Altersarmut angepasste Grundsicherungsquote in den nächsten 20 Jahren von 5,5 auf 7,1 Prozent ansteigen, sich im Osten allerdings (wo sie derzeit noch niedriger ist als im Westen) auf 11,3 Prozent mehr als verdoppeln. Peinlicher Weise hat Deutschland gerade für Niedrigverdiener das geringste Rentenniveau in der OECD - außer Mexiko.

Die neue Malaise

Die neue digitale Arbeitswelt 4.0 wird diese Malaise weiter zuspitzen: unstete Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Soloselbstständigkeit/EPUs, Leiharbeit, weit verbreitete Teilzeit, brüchige Erwerbsbiographien, später Berufseinstieg und Prekarisierung werden das Bismarck-Modell weiter erodieren. Deutschland muss also vorab sein Rentensystem armutsfester machen. Aber weder Österreich als Vorbild, noch die empfohlene großzügige Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus helfen hier.

Denn gemütlich höhere österreichische Rentenniveaus würden gerade Personen mit hohen Anwartschaften und geringstem Armutsrisiko begünstigen; und nicht jene, die durch Teilzeit, familien-, arbeitsmarkt- oder gesundheitsbedingte Berufsunterbrechung und fehlende Beitragszeiten vom 35 bis 45 Jahre vollzeitbeschäftigten Arbeiter als „Eckrentner“ des Industriezeitalters (der höchstens 1,5% Grundsicherungsbedarf hat) abweichen.

Europa driftet auseinander: so variieren relative Armutsgrenzen zwischen 2.600 Franken für Einzelpersonen in der Schweiz, 1.639 Euro in Luxemburg 2014 und 151 Euro monatlich in Bulgarien. Rumänien hat 10% der EU-Durchschnittseinkommen bei 70% der EU-Lebenshaltungskosten. Deutsche Grundsicherung und Sozialhilfe liegen näher bei Rumänien als bei Luxemburg. Deutsche erhalten keine Mindestrente und die Durchschnittsrente ist mit nur 909 Euro brutto monatlich 12 Mal jährlich niedriger als die „Ausgleichszulage“ in Österreich (14 mal 889 bis 1000 Euro). Gesamtprädikat aus Nachbarsicht: kleinlich und engherzig.

Wenn Deutschland rentenpolitisch von Nachbarn lernen wollte, dann wären die Niederlande anzuraten: mit über 90

Prozent Nettoersatzrate noch großzügiger als Österreich, aber mit 2 Prozent Armut und 6 Prozent Armutsgefährdung Älterer Österreich mit 14 Prozent haushoch überlegen. Und der niederländische 3-Säulen-Mix ist zudem viel nachhaltiger und risikofester.

„Rentenparadies Österreich“: 40 % besser - oder doch nur ganz anders?

Der neue Narrativ geht ungefähr so. Deutsche müssen für sehr viel weniger Pension sehr viel länger arbeiten als die Ösis. Pensionisten „haben monatlich durchschnittlich 1.085 Euro mehr an gesetzlicher Rente als Deutsche, Pensionistinnen 358 Euro“. Singles „mit auch nur einem Cent Rentenanspruch erhalten im Alter mindestens 1.038 Euro Rente, nach 30 Beitragsjahren sogar 1.167 Euro.“

Langjährig versicherte Männer erhalten bei genau gleichen Löhnen 14 mal 1.560 Euro statt 12 mal 1.050 Euro, also 73 Prozent mehr Bruttopension (nach Abzug SV, vor Steuern). Lafontaine ließ schon im März 2017 „Renten rauf wie in Österreich. Im Schnitt 800 Euro mehr!“ plakatieren, das Thema beherrscht seither TV-Talk-Shows und Bundestagsdebatten. Doch das Sicherungsniveau ist nicht nur bei Durchschnitts-, sondern auch bei Mindestrenten, Erwerbsminderung (um 64 Prozent) und Witwen (um 32 Prozent) deutlich besser.

Aber, so beharrt die DGB-eigene Hans Böckler-Stiftung: „Ein starkes öffentliches Rentensystem belastet nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes.“ Im Gegenteil: seit dem Jahr 2000 würden Indikatoren wie Wachstum (23 Prozent zu 17 Prozent), Beschäftigung (+15 Prozent zu sieben Prozent), Stundenproduktivität (19 Prozent zu 17 Prozent), Wettbewerbsfähigkeit und Nominalentgelte

Österreich voran zeigen - trotz höherer Pensionsausgaben und Lohnnebenkosten.

Und das Gegenargument geringerer „finanzwirtschaftlicher Nachhaltigkeit“ Österreichs, wie das der „Rentenpapst“ Bert Rürup diagnostiziert, wird damit zu entkräften versucht, dass It Ageing Report 2015 Deutschland bis zum Jahr 2060 mit plus 2,7 Prozentpunkten einen wesentlich stärkeren Anstieg der öffentlichen Pensionskosten erwarte als Österreich mit bloß 0,5 Prozentpunkten.

Unterschiedliche Wege, schwierige Vergleiche

Aber ist das auch alles wahr? Österreich seien seine Rentner eben einfach mehr wert – tatsächlich sind die Pensionsausgaben mit fast 14 zu 10 Prozent des BIP ungleich höher (OECD-Mittel 8,7 Prozent). Und mit viel höheren Abgaben und Steuern auch die Leistungen für Pensionen – auf Kosten von Bildung, Gesundheitsprävention, Kinderbetreuung, usw. Auch mehr Zuwanderung in Österreich erlaubt höhere Leistungen bei gleichen Beiträgen.

Dass angeblich „kaum höhere Beiträge“ (inklusive „Riestern“ maximal 22,7 zu 22,8 Prozent) sehr viel höhere Renten brächten ist bei Berücksichtigung des impliziten Beitragssatzes durch Bundeszuschüsse (rund 27 zu 33 Prozent) ebenso falsch wie die Simpelei, dass Arbeitgeber mit 12,55 Prozent mehr beisteuerten als Arbeitnehmer mit 10,25 Prozent und staatliche Zuschüsse sogar geringer seien. Unsinn, wenn doch alle Sozialabgaben „vorenthaltener Lohn“ sind, oder?

Zutreffend sind freilich die sehr unterschiedlichen Reformwege seit den 1990er Jahren: Mainstream-Privatisierung vs. ein österreichischer Sonderweg. Statt Absenken des Pensionsniveaus im

Vertrauen auf ausgleichende Betriebsrenten/bAV und „Riester“ hat Österreich die Erste Säule durch das APG weiter konsolidiert und sich an die Harmonisierung der Beamten gewagt, wenn gleich zögerlich und mit unrühmlichen Ausnahmen wie Wien.

Zudem hat Österreich eine umfassende Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbständige, Freiberufler, Landwirte usw. mit einbezieht, während in Deutschland neben Angehörigen von 91 berufsständischen Versorgungswerken weitere drei Millionen Unternehmer - von Inhaberinnen von Waxing-Studios mit Mini-Personal über solo-selbständige Taxifahrer bis hin zu Eigentümern großer Industriebetriebe - nicht zum Versichertenkreis der GRV gehören.

In Deutschland hat sich die Massenarbeitslosigkeit durch die Agenda 2010 verflüchtigt und Erwartungen an die Kapitalmärkte erwiesen sich als überzogen: die Wirtschaft boomt, doch der Garantiezins der Riester-Rente ist von 4 auf 1,25 Prozent gefallen. Daher konnte ein sinkendes gesetzliches Rentenniveau nicht durch 56 Prozent bAV und 35 Prozent Riester-Rente kompensiert werden. Das untere Drittel der Arbeitnehmer, nämlich die 30 Prozent ohne Zusatzrenten, schmerzt die Schwächung der Ersten Säule, während die Ösi-Mindestrentner ihre Situation verbesserten. Kapitalgedeckte Ergänzung geht, wie in Schweden, nur verpflichtend - wie der Erfinder Walter Riester immer schon wollte aber nicht durchsetzen konnte und bis heute bedauert.

Freilich wird vielfach Unvergleichliches verglichen. Und manches lässt sich gar nicht genau messen - etwa die Effekte langsamerer Alterung und höherer Zuwanderung in Österreich. Oder der durch jährlich veränderte, hochkomplexe, aber viel geringere Besteuerung

von (derzeit nur 74 Prozent der) Renten beim Nachbarn.

Um wie viel drückt der Ausschluss einkommensstarker Gruppen sowie großzügigere Rentenansprüche bereits nach fünf und nicht erst nach 15 Beitragsjahren das Rentenniveau, wenn in Deutschland Millionen Kleinrentner existieren, die in Österreich keinen einzigen Cent Pension erhielten? Ebenso erhöht das Herausrechnen „zwischenstaatlicher“ Minipensionen nicht langjährig Beschäftigter das Pensionsniveau in Österreich künstlich.

Weiters bevorzugt die viel bessere, trotz Nachhaltigkeitsabschlägen grundsätzlich lohnorientierte Valorisierung der Renten Deutschland gegenüber den bloß inflationsgesicherten Pensionen in Österreich. Je länger, desto mehr: mit wachsender Bezugsdauer fallen gerade hochbetagte Pensionistinnen immer weiter gegenüber der Erwerbsbevölkerung zurück, während die eher mauen deutschen Eingangsrenten zumindest nicht weiter abgehängt werden. Viel mehr und frühere Frühpensionen in Österreich bei höherer Langlebigkeit verschärfen diesen Nachteil.

Nur 2,9 statt 40 Prozent Unterschied?

Doch der Grundbefund weit höherer Generosität und entsprechend höherer Kosten hält als unstrittig: Rürup schätzt 40 Prozent, die Deutsche Rentenversicherung 58 Prozent höhere gesetzliche Renten in Österreich. Laut OECD sind die Bruttoersatzraten in Österreich doppelt so hoch (78,1 zu 37,5 Prozent), die entscheidenden Nettoersatzraten, das heißt Pensionen im Vergleich zu Aktiveinkommen in Österreich 91,6 Prozent, im OECD-Mittel 63 Prozent, in Deutschland 50 Prozent.

Hinzu kommen jedoch ausgleichend die Auswirkungen von 70 Prozent Zusatzrenten aus Zweiter und Dritter Säule in Deutschland zu bloß 11 Prozent in Österreich. Oder anders gesagt: In Deutschland stammt mit 17 Prozent der Einkommen im Alter fünf mal so viel aus kapitalgedeckter Vorsorge als in Österreich mit bloß 3,5 Prozent.

Damit bleiben am Ende von 40 Prozent Unterschied der Ersten Säule gesetzlicher Pension nur 2,9 Prozent beim Gesamteinkommen: über 65-jährige Österreicher haben aus allen Drei Säulen 89,8, Deutsche 86,9 Prozent des Einkommens der Gesamtbevölkerung.

Nachhaltig sind freilich beide Systeme derzeit nicht: durch mangelnde Angemessenheit und Akzeptanz des Rentenniveaus oder durch unzureichende Inklusion oder mangelnde Selbststeuerung und finanzielle Tragfähigkeit bleibt mein Befund : „kein Schrecken, aber auch kein Ende“.

Statt großer konsensueller Würfe wie in Schweden bleiben Deutschland und Österreich beim „Durchwursteln“, inkrementaler Systempflege, nachsteuernder Pensionspolitik. Das heißt Rentenreformen und Rentenstreit alle paar Jahre, angebliche „Jahrhundertwerke“ mit Halbwertszeiten von ein, zwei Legislaturperioden – bis zur Erschöpfung der Wähler und weiterem Vertrauensverlust der Politik.

